

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 70/83

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

**Sara A[REDACTED], früher: G[REDACTED], geb. S[REDACTED], F[REDACTED]-
straße 11, D[REDACTED],**

Klägerin und Beschwerdeführerin,

**- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
[REDACTED] in [REDACTED] -**

S O S E

**Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium
der Finanzen, K[REDACTED]-F[REDACTED]-Str. 11, K[REDACTED],**

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat durch den Vorsitzenden Richter Mann und die Richter Zorn, Fuchs, Winter und Dr. Greßhof

am 19. November 1963
beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 3. Zivilsenats - Entscheidungssatz - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 20. Juni 1963 wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Klägerin.

- 3 -

28

Antragsteller auf Grund der Verfolgung leidet und die seine Erwerbsfähigkeit herabsetzen (vgl. NZH RW 1975, 168 Nr. 2; 1977, 73; 1980, 152). Die Angaben, die Antragstellerin sei infolge ihrer körperlichen Beschwerden nicht in der Lage, einer vollen Beschäftigung nachzugehen, sie habe sich während der Verfolgung nur ungenügend ernähren können und die Folgen machten sich jetzt bemerkbar, reichen hierfür nicht aus. Daneben fehlt es auch an der nach § 190 a Abs. 1 mit § 190 Nr. 3 NKG erforderlichen Angabe von Beweismitteln. Der Hinweis auf nachzureichende ärztliche Gutachten ist keine Bezeichnung eines Beweismittels (NZH Beschluss v. 4. Mai 1983 - IX ZB 4/82). Erforderlich ist die Angabe eines konkret den Entschädigungsanspruch betreffenden Beweismittels (NZH RW 1978, 20). Daran fehlt es hier. Den Ausbildungsschaden hat die Klägerin bis zum 31. Dezember 1969 nicht einmal aus der Globalanmeldung herausgegeben (NZH RW 1974, 184). Der vorgedruckten Anmeldung aller Entschädigungsansprüche, die "insbesondere" auch den Schaden in der Ausbildung nannte, war nicht zu entnehmen, woleher der ~~Abschluß der Ausbildung~~ bezeichnet werden sollte.



Bei dieser Rechtslage kommt es auf die von der Beschwerdeführerin aufgeworfenen rechtsgrundhaltlichen Fragen, insbesondere zu §§ 139 Abs. 3 und 139 a Abs. 2 SGG, nicht an.

Herr

Zorn